

Welt der Arbeit

Ausgabe 15

www.weltderarbeit.de

8. Dezember 2004

WdA im Dezember

„Wir amüsieren uns zu Tode“ – mit diesem Sachbuch landete Neil Postman vor 20 Jahren einen Bestseller über Meinungsbildung in Zeiten des sogenannten Infotainments. Alle Welt war begeistert über dieses kritische, mit Witz geschriebene Werk. Positiv verändert hat sich zwei Jahrzehnte nach Postman jedoch nichts. Im Gegenteil, Radio, Fernsehen und Zeitungen – fast alles wird inhaltlich seichter. Und die Politiker spielen mit, bevorzugt in Fernseh-Talkshows, gern auch in der Boulevardpresse. Es regiert die Quote. Solide journalistische Arbeit ist da nur hinderlich, ebenso seriöse Information zu bester Sendezeit. Oft scheint das eigentliche Programm von TV-Kanälen und Zeitungen nur Vorwand fürs Werbegeschäft zu sein. – Diesen Themen widmet sich die aktuelle *Welt der Arbeit*.

Inhalt dieser Ausgabe

Zum Niedergang der Medien

Seite 1

Politik wird nur noch in Szene gesetzt

Seite 2

Meldungen aus der Medienwelt

Seite 3

Meinungen aus der Medienwelt

Seite 4

Jeder Leser

hat ein Beschwerderecht

Seite 5

Gewerkschafter machen Radio, Schon gelesen?

Seite 6

Blick zurück: Ein Kampfblatt gegen den Unverstand

Seite 7

Informationsfreiheit gefordert, Schlechtes Image, Info-Quellen

Seite 8

Wie uns das Medienpalaver regiert, Buchtipp, Kintipp, Impressum

Seite 9

Zum Niedergang der Medien

Demokratie und Medien gehören zusammen. Zur wichtigsten Kompetenz von Journalisten gehört, den Menschen komplexe Sachverhalte und Zusammenhänge verständlich zu vermitteln. Aber die wachsende Abhängigkeit von Auflagen und Quoten, von Anzeigen und Werbespots erzeugt einen Druck, der sehr häufig auf Kosten von Qualitätsjournalismus geht. Es entscheiden der kommerzielle Erfolg und, bis zu einem gewissen Grade, der Geschmack einer Mehrheit des Publikums.

Demokratie erfordert Medienkonkurrenz. Wenn sie fehlt, nimmt die Gefahr der Desinformation zu. Längst erscheint in 50 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte nur noch eine Tageszeitung; in Ostdeutschland sind es sogar 70 Prozent. Allein der Springer-Verlag gibt ein Viertel der gesamten Tageszeitungsauflage in Deutschland heraus; auf dem Boulevardmarkt dominiert der Konzern fast unangefochten. Vier Verlagsgruppen publizieren mehr als 40 Prozent der Zeitschriften-Exemplare. Während immer mehr in den Bereich Public Relations („öffentliche Beziehungen“) investiert wird, wird beim Journalismus gespart. Besonders in Regionalzeitungsverlagen denkt man zuerst an die Redaktionen, um ein Kostenproblem zu „lösen“. Die Stellen von fest angestellten Redakteurinnen und Redakteuren werden abgebaut und durch freiberuflich tätige, oft branchenfremde Mitarbeiter ersetzt. Das „Outsourcing“ von Lokalredaktionen und deren Neuorganisation als „Profitcenter“ gefährden die Unabhängigkeit von Redaktionen gegenüber Anzeigenkunden. Schlecht oder gar nicht ausgebildete Journalisten erkennen derartige Abhängigkeiten oft nicht. Zudem haben sie nie gelernt, Informationen durch Recherchen zu überprüfen.

Die „Jagd“ auf Einschalt-Quoten im Fernsehen „wird immer nur härter,

aggressiver, vulgärer und idiotischer werden“, prophezeit der Publizist Klaus Harpprecht. Die Medien genügen kaum noch ihrer Informationspflicht, haben einen sehr eingegengten Blick auf Themen und berichten immer kurzatmiger. So entsteht eine wachsende Diskrepanz zwischen der Medien-Realität und der politisch-sozialen Wirklichkeit.

Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist auf der Jagd nach Einschalt-Quoten. Anspruchsvolle Kultur- und Informationsprogramme werden oft erst um Mitternacht gesendet. Vorabendprogramme und so genannte Unterhaltungssendungen am Abend sind auf einem so kläglichen Niveau gelandet, angepasst meistens an den erschreckend dürftigen inhaltlichen Standard der kommerziellen Sender, dass vielen Zuschauern nur die Flucht vor ihrer geistigen Enteignung übrig bleibt. Die zu öden Ritualen erstarrten Talkshows tragen in der Regel nicht zur Aufklärung über politische Hintergründe und Entscheidungen bei; sie sind vordergründig spekulativ und rücken doch nur die immer gleichen Figuren widerspruchslös in den Mittelpunkt.

Die Unabhängigkeit von Journalisten muss besser geschützt werden! Dazu gehören vor allem die Sicherung der inneren Pressefreiheit durch Redaktionsstatute und die Qualifizierung im journalistischen Bereich. Seit vielen Jahren wird ein Presserechtsrahmengesetz gefordert, aber die Politiker haben offensichtlich Angst vor Konflikten mit den Verlegern und sonstigen Profiteuren des Mediengeschäfts. Wer die Medien aber nur im eigenen politischen, persönlichen und kommerziellen Interesse zur Manipulation von Lesern, Hörern und Zuschauern benutzt, zerstört die Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung in unserem Land.

Franz Kersjes

Dokumentation

Politik wird nur noch in Szene gesetzt

Zum Zustand des Journalismus: Auszüge aus einer Rede von Johannes Rau

Wir erleben gerade eine zunehmende Vermischung von Boulevard und politischem Journalismus. Die Unterhaltungspublizistik verzeichnet deutliche Zuwächse und nimmt sich „politischer“ Inhalte an. Auch die so genannten seriösen Zeitungen leben in Konkurrenz und in Auseinandersetzung mit dem Fernsehen und mit den fernsehartigen Formaten der anderen Blätter und also mit dem Boulevard. Dieses Umfeld, diese Umgebung prägen den Journalismus mit – ich denke, dass wir das deutlicher als in der Vergangenheit wahrnehmen müssen und sehen müssen, welche Chancen, aber auch welche Gefährdungen damit verbunden sind.....

Der politische Journalismus, der sich fast ausschließlich auf den Text stützen musste, war eher an den Verstand und die Vernunft als an die Emotion gerichtet. Auch wenn es sich um Polemiken oder um Propaganda handelt: Ein Text geht immer nur über den Umweg des Verstandes auch in das Gefühl. Bei einem Text kann man sich distanzieren, man kann die Stelle noch einmal lesen, man kann die Argumente wägen. Texte, auch wenn sie in manipulativer Absicht geschrieben sind, erfordern eine – wenn auch manchmal kleine – intellektuelle und rationale Auseinandersetzung. Der politische Journalismus in dieser textbestimmten Umgebung richtete sich – ob er es wollte oder nicht – an den Verstand. Das ist in der bilderbestimmten Welt von heute radikal anders geworden. Nachrichten erreichen uns heute meist zuerst in Form von Bildern.....

Neben der stärkeren Bildhaftigkeit und der größeren und vielfältigen Öffentlichkeit prägen die Beschleunigung und die Masse der Informationen, die täglich auf uns einwirken, unsere Gegenwart. „Wir sind der Tyrannei der Aktualität unterworfen“ – schreibt Sonia Mikich. „Wir haben keine Zeit mehr zu zweifeln. Der Satellit wartet. Ambivalenzen, Grautöne, Widersprüche – sie werden in den Schlagzeilen und Sonder-sendungen weggeballert“. Schnelligkeit ist der Maßstab aller Dinge geworden: Die Blitze der Aktualität nehmen zu, und die Regel lautet: Einen Augenblick lang wird ein Ereignis grell erleuchtet, danach ist für den Zuschauer alles wieder zappenduster. Je mehr und je schneller Informationen auf dem Markt sind, desto wichtiger wird aber der Service des Einordnens, des Erklärens und der fachlichen Aufbereitung. Der – kann man ihn so nennen? – „Medienkunde“ verliert sonst immer mehr die Fähigkeit, Unwesentliches vom Wesentlichen zu unterscheiden, Behauptetes vom Tatsächlichen, Meinungen über die Wirklichkeit von der Wirklichkeit selbst. Er erfährt im Grund Einzelheiten, deren Zusammenhang ihm zunehmend entgleitet. Eine Information, wie wir sie um der Demokratie willen brauchten, wäre aber gerade diejenige, die Zusammenhänge deutlich macht. Die Sensationsnachricht ist letztlich Desinformation, weil sie den Zusammenhang der Dinge sprengt oder leugnet.....

Viele Politiker glauben, dass nicht die oft mühselige parlamentarische Kleinarbeit zu der ge-

wünschten demokratischen Öffentlichkeit beiträgt, sondern allein ihre mediale Präsenz. Die Sache tritt dabei in den Hintergrund, die Show, das Bild wird zentral. Die Show-Regie verdrängt die langfristige Arbeit an Ideen und Konzepten.

Die Konsequenz: Inszenierungspolitik verdrängt Sach-Politik. Man denkt weniger an die Sache selbst als an das Bild der Sache in der Öffentlichkeit. Das Bild von der Sache tritt schließlich an die Stelle der Sache selbst. Inszenierung braucht Personalisierung. Die gehörte natürlich schon immer zur Politik. Sie half und hilft, komplexen Sachverhalten ein Gesicht zu geben und Parteien- und Staatsrepräsentanten persönlich in Haftung zu nehmen. Es ist aber in höchstem Maße unpolitisch, wenn nun beinahe jedes Sachproblem als Personalproblem buchstabiert wird. Und schließlich: Der Prozess der Beschleunigung hat die Politiker genauso erreicht wie die Medien. Jeder hat zu jedem Problem schnell eine Stellungnahme parat. Ein Politiker, der einen fundierten Vorschlag gemacht hat, hat vielleicht ein halbes oder ein ganzes Jahr daran gearbeitet. Die anderen aber, die dazu Stellung nehmen, haben innerhalb von fünf Minuten alle mit dem Vorschlag zusammenhängenden Probleme durchschaut und erklären auch gern schnell, dieser Vorschlag sei barer Unsinn. Das Publikum hat Recht, wenn es diese Art von Reaktionen schon längst nicht mehr ernst nimmt.

Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau hielt die Rede auf dem Forum „Die Republik und ihre Journalisten“ am 23. Oktober 2004 in Berlin.

Meldungen aus der Medienwelt

Weniger Jobs

Seit dem Jahr 2000 sind in der deutschen Medienwirtschaft rund 85.000 Arbeitsplätze gestrichen worden. Nach einer Studie des BAW Instituts für Wirtschaftsforschung gingen an den großen Medienstandorten Hamburg, Berlin, Köln und München überdurchschnittlich viele Stellen verloren. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr gut 1,1 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in der Branche gezählt, 1,5 Prozent weniger als drei Jahre zuvor.

Neoliberale Guerillatruppen

Mit dem Slogan „Chancen für alle“ will die neoliberale „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit „marktwirtschaftlicher Reformen“ überzeugen. Der Unternehmerverband Gesamtmetall stellt dafür 100 Millionen Euro zur Verfügung. Mit den Zeitschriften *Wirtschaftswoche*, *Impulse* und *Hör Zu*, den Tageszeitungen *Die Welt*, *Handelsblatt*, *Financial Times Deutschland*, den Regionalzeitungen *Magdeburger Volksstimme*, *Schweriner Volkszeitung* und *Neue Westfälische* sowie den Fernsehsendern n-tv und MTV kooperiert die Initiative. Neudeutsch heißt das Medienpartnerschaft. So werden Journalisten zu Lautsprechern neoliberaler Interessen gemacht.

Journalismus und PR

Der Medienbeauftragte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Freimut Duve, beobachtet eine zunehmende Gleichschaltung von Journalismus und PR-Arbeit. Immer häufiger würden Journalisten auf Pressekonferenzen als „Medienvertreter“ angesprochen. Ein Journalist

sollte aber kein Vertreter sein, sondern mit seinen Augen und seinen Ohren wachen Blickes die Welt wahrnehmen und daraus seine Meinung bilden, sagte Duve dem Berliner *Tagesspiegel*. Er kritisierte, Manager versuchten verstärkt, ihre Kriterien aus anderen Industriezweigen auf Medienunternehmen zu übertragen. Dadurch drohe die journalistische Seite mehr und mehr an Bedeutung zu verlieren. Zudem werde in manchen Medienunternehmen sehr viel Geld für Unternehmensführung, aber sehr wenig für qualifizierte Journalisten ausgegeben. „Es gibt also immer weniger Einfluss der Journalisten, auch der Chefredakteure“, fügte Duve hinzu.

Die Quote als wichtigstes Erfolgskriterium?

Redakteure des Westdeutschen Rundfunks (WDR) kritisieren eine Senkung des Programmniveaus. Sie erwarten von den „Verantwortlichen in der ARD eine Kurskorrektur, um das Programm und damit das Ansehen der ARD zu verbessern“, heißt es in einer Resolution der Redakteursvertretung des WDR. Die Journalisten wenden sich darin gegen eine „Verflachung und Banalisierung“ des ARD-Fernsehprogramms. Die Quote dürfe nicht das wichtigste Erfolgskriterium für das Programm sein. Außerdem solle die ARD den „Anspruch an sich selbst erheben, bei wichtigen Themen um die Meinungsführerschaft in der Gesellschaft zu ringen“. Der gesetzlich vorgeschriebene Programmauftrag müsse weiterhin im Mittelpunkt der Arbeit stehen, fordern die Redakteure. Dazu gehöre ihrer Meinung nach neben der Qualität des Programms auch die von der Verfassung geforderte Staatsferne.

Recht auf Mitbestimmung

Ein Redaktionsstatut für einen Zeitungsverlag, das die Bildung eines Redaktionsrates zur Beteiligung der Redakteure an tendenzbezogenen Maßnahmen vorsieht, verstößt nicht gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Das geht aus einer vor kurzem veröffentlichten Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) hervor (Az.:AZR 463/00). Ein solches Statut verstößt nicht gegen die im BetrVG vorgesehene Beschränkung bei Tendenzbetrieben (§ 118). Redaktionsstatut und Redaktionsrat stützen sich nämlich nicht auf das BetrVG, sondern auf die Autonomie der Redakteure.

400 Jahre Zeitung

Mit einer Ausstellung „400 Jahre Zeitung“ gedenkt die Stadt Mainz ab Juli kommenden Jahres der kulturhistorischen Bedeutung des Mediums. Auf rund 1400 Quadratmetern sollen in der Jubiläumsschau die Geschichte des Nachrichtenwesens und des Arbeitsalltags von Journalisten, die Geschichte von Zensur und Pressefreiheit, Drucktechnik und Vertrieb sowie die Geschichte des Zeitungslasens nachvollzogen werden. Als erste Zeitung weltweit gilt die im Juli 1609 in Straßburg gedruckte „Relation“ des Nachrichtenhändlers Johannes Carolus, der erstmals Meldungen von Korrespondenten zu einer Druckausgabe zusammenstellte.

Reporter ohne Grenzen

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ setzt sich weltweit für Journalistinnen und Journalisten ein, die vom Staat, von religiösen und politischen Gruppen

- Fortsetzung auf Seite 4 -

Meinungen aus der Medienwelt

Klaus Bednarz

„In der Praxis beobachten wir, dass sich Politikerinnen und Politiker, insbesondere im Minister-rang, der klassischen politischen Berichterstattung in den als kritisch geltenden Sendungen des Fernsehens entziehen - Interviewabsagen oder höfische Interviewbedingungen wie >1zu1-Garantien< sind hier, anders als noch zu Zeiten des seligen Franz-Josef Strauß, die Regel. Stattdessen sucht sich die Politik vornehmlich in Talkshows ihr eigenes Forum und findet es – Journalismus als Präsentationsfläche statt kritischem Korrektiv. Und wenn die Vorsitzende einer großen Volkspartei verlangt, dass ein ihr unliebsamer Journalist aus einer Diskussionssendung wieder eingeladen wird – mit der Begründung, sie wolle ein >politisches und kein journalistisches Gespräch< führen, und sich die Redaktion eines öffentlich-rechtlichen Senders dieser Forderung beugt, so spricht dies – scheint mir – Bände. Für beide Seiten.“

Zitat aus einer Rede des Fernsehjournalisten Klaus Bednarz zum 50-jährigen Bestehen der Deutschen Journalisten Union (dju) in der ver.di am 11. Mai 2001.

Sonia Mikich

„Lassen Sie mich zum Schluss etwas über meinen Berufsstand nachdenken. Denn was Sie von der Welt wissen, hängt sehr von der Ethik jener ab, die Ihnen die Welt vermitteln. Rudyard Kipling hat einmal gesagt: > Journalisten haben Macht ohne Verantwortung – zu allen Zeiten ist dies das Kennzeichen von Huren<. Wir Journalisten sind mehr und mehr zu Teilhabern der politischen Elite geworden und reichen Informationen nach unten weiter. Konform zu sein mit dieser Elite führt zu Privilegien und Prestige, Dissidenten und Kritiker spüren

dagegen irgendwann die gläserne Decke. Querdenker werden in Sonntagsreden gerühmt, aber nicht wirklich gewollt.

Was sich Journalisten regelmäßig fragen sollten: Wer möchte, dass ich das glaube und warum? Es gibt viele Wahrheiten. Meine Idealvorstellung vom Journalisten: ein Detektiv, ein Zeuge, ein Humanist“.

Zitat aus einer Rede der Fernsehjournalistin Sonia Mikich zum 50-jährigen Bestehen der Evangelischen Medienakademie am 9. März 2001 in Berlin.

Thomas Leif

„Initiativen wie der Bürgerkonvent, der Konvent für Deutschland oder die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft verfolgen alle das gleiche Ziel: Deutschland soll >fit< gemacht werden >für die Zukunft< und für mehr Eigeninitiative des Einzelnen. Weniger Fremdsteuerung durch einen >übermächtigen< Staat – lautet eine Parole. Praktisch geht es aber um die Reduzierung der sozialstaatlichen Leitplanken, die in der Bundesrepublik auch eine kulturelle Dimension haben. Mittelfristig soll das Arbeitsvolumen jedes Arbeitnehmers erhöht und die Bezahlung der geleisteten Arbeit gesenkt werden.

Die Kritisierten – das ist die Pointe dieser Geschichte – haben diese Initiativen nie ernst genommen, geschweige denn ihren Wirkungshorizont analysiert oder gar vergleichbare Initiativen zur Unterstützung einer Gegenposition geschaffen. Die Gewerkschaften haben den zahlreichen Initiativen offenbar nichts entgegenzusetzen; sie haben bei der medialen Vermittlung ihrer Positionen auf der ganzen Linie versagt“.

Zitat aus einem Beitrag des Journalisten Thomas Leif über Medien und Lobbyismus in dem im VSA-Verlag erschienenen Buch „Gesteuerte Demokratie?“

- Fortsetzung von Seite 3 -

oder durch organisiertes Verbrechen bedroht werden. Zum dritten Mal hat die Organisation eine Rangliste über die Lage der Medienfreiheit veröffentlicht. Am stärksten bedroht ist die Pressefreiheit in Ostasien mit Schlusslicht Nordkorea (Rang 167), gefolgt von Birma (165), China (162), Vietnam (161) und Laos (153) und im Mittleren Osten mit Saudi Arabien (159), Iran (158), Syrien (155) und dem Irak (148). In diesen Ländern sind Journalisten täglich Repressalien und Zensur ausgesetzt, und unabhängige Medien haben es schwer oder existieren gar nicht. Weder das Recht auf freie Information noch die Sicherheit der Journalisten werden dort garantiert. Der Irak zählt zu den gefährlichsten Gebieten der Welt. Seit Kriegsbeginn im März 2003 sind dort 44 Journalisten getötet worden.

Zu den freiheitlichsten Ländern gehören, wie im Jahr zuvor, die skandinavischen Staaten. Spitzenreiter sind Dänemark, Finnland Island und Norwegen. Es folgen die Niederlande. Deutschland nimmt mit Estland, Schweden und Trinidad Rang Elf ein.

www.reporter-ohne-grenzen.de

Rundfunkrat informiert

Mit einem erweiterten Internet-Angebot informiert der WDR-Rundfunkrat umfassend über seine Arbeit. Aktuelle Kurzberichte über die wichtigsten Themen der jüngsten Sitzung sind ebenso enthalten wie ein Ausblick auf die nächste Ratssitzung. Ferner erhält man einen chronologischen Überblick zur Entwicklung des Rundfunkrates, eine Kurzdarstellung seines gesetzlichen Auftrags sowie eine Liste seiner Aufgaben.

www.wdr.de/unternehmen/rundfunkrat

Deutscher Presserat

Jeder Leser hat ein Beschwerderecht

„Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates“. So schrieb das Bundesverfassungsgericht 1966 in seinem „Spiegel“-Urteil. Anlass war einer der größten Skandale der damals noch jungen Bundesrepublik: Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hatte 1962 unter der Überschrift „Bedingt abwehrbereit“ über ein NATO-Manöver und angebliche atomare Pläne der Bundeswehr berichtet.

Die „Spiegel“-Affäre galt von nun an als großer Sieg der Pressefreiheit. Heute, 40 Jahre später, gelten die Medien immer noch als eine zentrale Voraussetzung für die öffentliche Meinungsbildung. Allerdings ist die Freiheit zunächst ein Grundrecht der Verleger: Sie haben das Recht, eine Zeitung zu gründen und deren Tendenz zu bestimmen. Ob es daneben auch eine „innere Pressefreiheit“ der Redakteurinnen und Redakteure gegenüber ihrem Verleger gibt, ist umstritten. Immerhin ist aber klar, dass kein Redakteur dazu gezwungen werden kann, Meinungen zu vertreten, die er eigentlich ablehnt. Dagegen ist das Recht auf ein Redaktionsstatut mit Garantien für die redaktionelle Unabhängigkeit bisher nur in sehr wenigen Fällen realisiert.

In einem Pressekodex hat der Deutsche Presserat in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der Journalisten und den Verlegerverbänden seine Aufgaben und Ziele definiert. Dazu gehören unter anderem:

- Eintreten für die Pressefreiheit
- Beseitigung von Missständen im Pressewesen
- Eintritt für den unbehinderten

- Zugang zu Nachrichtenquellen
- Behandlung von Beschwerden über redaktionelle Veröffentlichungen und journalistische Verhaltensweisen
- Ansprechpartner für Leser, Journalisten und Verleger



Foto: Wolfgang Benning

Der Deutsche Presserat, ein Organ der publizistischen Selbstkontrolle, befürchtet eine zunehmende Einengung der Pressefreiheit. Besonders in der Kritik ist der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum „großen Lauschangriff“, der auch Journalisten von staatlichen Abhörmaßnahmen künftig nicht mehr ausschließen soll. Nach dem vorliegenden Entwurf des Bundesjustizministeriums sind Abhörmaßnahmen bei Journalisten als Berufsgeheimnisträgern dem Wortlaut nach zwar immer noch grundsätzlich unzulässig. Aber im Einzelfall soll das Belauschen von Redaktionsräumen – anders als bisher – wegen „unabweisbarer Bedürfnisse“ einer wirksamen Strafverfolgung möglich sein. Damit würden allerdings der Informantenschutz und das Redaktionsgeheimnis durchlöchern. Journalistinnen und Journalisten würde die Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgabe deutlich erschwert werden.

Auch ein neu gefasster Artikel des Strafgesetzbuches zu unzulässigen Bildaufnahmen sowie das so

genannte Kohl-Urteil, das die Herausgabe von Stasi-Unterlagen an die Presse untersagt, wird als „Eingriff in die Pressefreiheit“ kritisiert.

An den Deutschen Presserat (www.presserat.de) kann sich grundsätzlich jeder Leser wenden, der eine Beschwerde zu einer Veröffentlichung in einer Zeitung oder Zeitschrift vorzubringen hat. Die Entscheidungen des Presserates werden über einen Newsletter nach jeder Sitzung der Beschwerdeausschüsse veröffentlicht. Er kann angefordert werden über: info@presserat.de

Im Jahr 2003 sprach der Presserat 20 öffentliche und 6 nicht öffentliche Rügen, 49 Missbilligungen und 55 Hinweise aus. Insgesamt gab es 682 Eingaben; davon behandelte der Presserat etwas mehr als 500 Fälle. In 213 Fällen wurden Maßnahmen ausgesprochen, überwiegend wegen Verletzungen der Sorgfaltspflicht. Die meisten Eingaben kamen von Privatpersonen; Klageobjekt war hauptsächlich die Berichterstattung in Lokal- bzw. Regionalzeitungen.

Die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche e.V. fordert unterdessen eine „grundlegende Reform des Deutschen Presserates, des einzigen Gremiums, das ethische Normen für die Presse formulieren könnte“. Notwendig seien mehr Öffentlichkeit und Transparenz des Rates, eine „pluralistischere und fachkompetente Zusammensetzung“ sowie eine „intensivere Wahrnehmung der Kontrollaufgaben“.

—es.

Gewerkschafter machen Radio

Nach dem Start der Lokalradios in NRW gründeten die DGB-Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen den Verein „Gewerkschaften für Lokalfunk“ 1991. Seit dem 1. Januar 2004 heißt der Verein nun „Gewerkschaften für Bürgermedien“. Er hat zum Ziel, arbeitnehmerorientierte Beiträge für den lokalen Rundfunk zu produzieren und fördert den Aufbau und die Entwicklung örtlicher Arbeitsgemeinschaften. Derzeit existieren in NRW 15 Gruppen. Sie produzieren in den Verbreitungsgebieten des Lokalfunks eigenverantwortlich Beiträge für den Bürgerfunk.

Die meisten Aktiven sind Mitglied einer DGB-Gewerkschaft und engagieren sich für die Interessen der Arbeitnehmer/innen in Betrieb und Gesellschaft. In vielen Beiträgen machen sie zum Beispiel auf Missstände am Arbeitsplatz sowie in der örtlichen Politik aufmerksam und stellen Alternativen zur Diskussion. Die Arbeitsgemeinschaften sind offen für weitere Kolleginnen und Kollegen, die an Radio- und Teamarbeit interessiert sind.

Das Landesmediengesetz NRW ermöglicht das Bürgerradio mit Sendezeiten in den rund 40 Lokalfunkstationen. Radio von Bürgern für Bürger. Mitmachradio. Authentisch und direkt. Offen und Streitbar. Informativ und unterhaltsam. Die Radiowerkstätten der Gewerkschaften verfügen über moderne digitale Rundfunktechnik, räumliche Produktionsmöglichkeiten und qualifiziertes Betreuungspersonal. Die Vernetzung und Zusammenarbeit mit örtlichen und regionalen Medieneinrichtungen ermöglichen es, neben dem Bürgerfunk auch Video/TV-,

Internet- und Printangebote zu machen und kompetent zu unterstützen. In Seminaren und Fortbildungsmaßnahmen wird das erforderliche Handwerkzeug von der Moderation bis zur Interviewtechnik, vom „Schreiber fürs Hören“ bis zum digitalen Computer-Schnitt vermittelt.



Informationen über die örtlichen Radiowerkstätten vermittelt **Gewerkschaften für Bürgermedien e. V., DGB Bezirk NRW** Friedrich-Ebert-Straße 34 – 38, 40210 Düsseldorf, Telefon 0211 – 3683-135; www.gfb-nrw.de e-mail: info@gfb-nrw.de



Auch ver.di verfügt über eine eigene Radiowerkstatt im **Institut für Bildung, Medien und Kunst in Lage-Hörste**, Telefon: 05232-983436, Ansprechpartner: Wolfgang Benning; online www.hoersteradio.de

Schon gelesen?

Im täglichen Kampf um die Köpfe ist es unverzichtbar, Argumente und Konzepte zur Festigung der eigenen Überzeugungen zu finden. Aufklärung durch nachprüfbar Informationen ist die wichtigste Aufgabe für jeden Gewerkschafter! Dabei können folgende Veröffentlichungen helfen:

Albrecht Müller „**Die Reformlüge** – 40 Denkfehler, Mythen und Legenden mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren“ Droemer Verlag, 426 Seiten, 19,90 Euro

Frank Böckelmann/Hersch Fischler „**Bertelsmann – Hinter der Fassade des Medienimperiums**“ Eichborn Verlag, 352 Seiten, 19,90 Euro

Werner Rügemeier (Hrsg.) „**Die Berater – Ihr Wirken auf Staat und Gesellschaft**“ transcript Verlag, 246 Seiten, 21,80 Euro www.werner-ruegemeier.de

Ulrich Müller/Sven Gigold/Malte Arhger (Hrsg.) „**Gesteuerte Demokratie** – Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen“ VSA-Verlag, 182 Seiten, 12,80 Euro www.gesteuerte-demokratie.de

Christiane Leidinger „**Medien – Herrschaft – Globalisierung**“ Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge transnationaler Konzentrationsprozesse Westf. Dampfboot, 615 Seiten, 39,80 Euro

Internetseiten

Homepage des Ökonomen Heiner Flassbeck: www.flassbeck.de
Initiative gegen Korruption in Staat, Gesellschaft und Unternehmen: www.transparency.de
Initiative Business Crime Control: www.wirtschaftsverbrechen.de
Die kritische Homepage: www.nachdenkseiten.de
Opposition zur Bild-Zeitung: www.bildblog.de
Informationsdienst gegen Rechts-extremismus www.idgr.de

Blick zurück**Ein Kampfblatt gegen den Unverstand**

Sie brauchten keine knackigen Schlagzeilen, keine reißerischen Balken-Überschriften, keine auflockernden Illustrationen, keine peppige Farbe, nicht einmal Rot. Die Zeitungen der Frühzeit waren Bleiwüsten, wie man sagte, als hoch qualifizierte Setzer noch nicht durch neueste Techniken wegrationalisiert worden waren. Trotzdem verkauften sich die Zeitungen der Frühzeit leicht, nicht nur die erbaulichen, sondern auch die politischen, ja, diese ganz besonders. Vor allem für die frühe Arbeiterbewegung waren Zeitungen von konkurrenzlosem Wert. Und für den weiblichen Teil dieser Bewegung – das weibliche Proletariat, sagte man damals – waren politische Zeitungen in der Regel die einzige Möglichkeit zur Information. Vor 115 Jahren, am 20. Dezember 1889, erschien die erste Ausgabe der sozialistischen Frauenzeitung „Die Arbeiterin“.

Schon lange davor gab es Frauen-Zeitungen. Die erste politische von ihnen, herausgegeben von Louise Otto, erschien im Frühling 1849; sie war ein Produkt der Bürgerlichen Revolution. Der blumige Titel „Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen“ darf nicht darüber hinweg täuschen, dass es sich um ein sensationell emanzipatorisches Blatt handelte, in dem – es war die Zeit des Biedermeier! – Gleichberechtigung von Frauen und Männern gefordert und besonders für eine Verbesserung der Lage von Arbeiterinnen gekämpft wurde. Das Blatt existierte nur drei Jahre. Die Reaktion, die der 48er Revolution folgte, zerstörte allen Fortschritt, auch diese Frauenzeitung.

„Die Arbeiterin“ kam später und

war von anderem Format. Gründerin und Herausgeberin war Emma Ihrer, die erste Gewerkschaftsführerin, geschätzt und gefördert von Carl Legien. In der ersten Nummer vom 20. Dezember 1889 appellierte sie an Leserinnen und Mitstreiterinnen: Alle mögen Beiträge leisten, damit wir „bald beweisen können, was der weibliche Teil des Proletariats aus eigener Kraft vermag, wenn es gilt den ärgsten Feind aller, den Unverstand, zu bekämpfen und mit diesem die moderne Ausbeutung der Frauen auf allen Gebieten“. Zu den Autorinnen des Blattes gehörten Tussy Marx, eine der Töchter von Karl Marx, und Clara Zetkin.

Clara Zetkin war es, die die sozialistische Frauenzeitung – nun unter dem Namen „Die Gleichheit“ – wenig später herausgab und deren politische Richtung energisch bestimmte: Sie kämpfte für die Befreiung der Frauen aus Knechtschaft und ökonomischer Abhängigkeit. Dabei sah sie die Unterdrückung der Frauen als Teilproblem der Klassengesellschaft und nahm folglich an, mit der Befreiung der Arbeiterklasse gehe die Befreiung der Frauen gewissermaßen automatisch einher. Diese marxistische Position war allerdings innerhalb der Arbeiterbewegung durchaus umstritten.

„Die Gleichheit“ hatte enorm viele Leserinnen und verzeichnete vor dem Ersten Weltkrieg eine Auflagenhöhe von über 100.000 Stück pro Ausgabe. Dieser Erfolg ist nur zum Teil darauf zurück zu führen, dass in der gesamten damaligen Arbeiterbewegung das Lernen durch Lesen hoch im Kurs stand; er ist auch nur zum geringen Teil darauf

zurück zu führen, dass an Radio und Fernsehen damals selbst im Traum noch niemand dachte. Der Hauptgrund für das besonders große Interesse des weiblichen Proletariats an der Zeitung ist zu finden in der gravierenden Benachteiligung der Frauen gegenüber den Männern. Frauen war es bis 1908 in fast allen deutschen Ländern verboten „politischen Vereinen“ anzugehören. Parteien und Gewerkschaften aber galten als „politische Vereine“. Wurden Arbeiterinnen dort – nicht selten in tarnender Männerkleidung – erwischt, drohten Prozesse, Geld- und Haftstrafen, und der „Verein“, in dessen Versammlung sie gewesen waren, wurde aufgelöst und verboten. Auch die Tarnorganisationen, die politisch Interessierte der Arbeiterinnenbewegung gründeten – zum Beispiel Näh- und Kochkurse, in denen heimlich auch politische Vorträge und Diskussionen stattfanden – wurden bespitzelt und sehr häufig verboten. So blieb für viele Frauen des Proletariats – denn faktisch wurden nur sie und keine Frauen aus dem Bürgertum verfolgt – die regelmäßige Lektüre der „Gleichheit“ die einzige politische Informationsquelle.

25 Jahre lang führte Clara Zetkin die Frauenzeitung als Medium im Klassenkampf. Als Zetkin im Ersten Weltkrieg die SPD verließ, übernahm Marie Juchacz die Redaktion der „Gleichheit“ – und änderte die Tendenz des Blattes in reformerische Richtung. Seine Glanzzeiten waren ohnehin vorbei. „Die Gleichheit“ wurde 1923 eingestellt. Immerhin hatten zu diesem Zeitpunkt Frauen endlich gleiche staatsbürgerliche Rechte wie Männer.

A. Riedel

Informationsfreiheit gefordert

Bisher gilt in Deutschland das Prinzip des Amtsgeheimnisses. Das bedeutet: In unserem Land werden Informationen, die bei öffentlichen Stellen vorliegen, unabhängig von ihrer tatsächlichen Schutzbedürftigkeit grundsätzlich als geheim behandelt. Nur in Ausnahmefällen haben die Bürger ein Akteneinsichtsrecht. Diese Geheimhaltungspraxis ist ein Relikt des Obrigkeitsstaates, das weder in eine moderne Demokratie noch ins Informationszeitalter passt. Außerdem begünstigt Geheimhaltung Korruption; Transparenz beugt dagegen jeder Form von Machtmissbrauch vor.

Die Initiative Pro-Information fordert deshalb von der Bundesregierung ein Gesetz zur

Informationsfreiheit. Mit einem solchen Gesetz, das es bereits in über 50 Staaten gibt, erhielte jeder Bürger das Recht, Akten einzusehen oder Kopien von Unterlagen öffentlicher Stellen zu erhalten, ohne dass eine persönliche Betroffenheit oder eine Antragsbegründung erforderlich wären. Der Schutz öffentlicher Interessen und privater Rechte würde gewährleistet werden.

Mehrere Organisationen wie die Deutsche Journalisten Union (dju) in ver.di, der Deutsche Journalisten Verband (DJV), die Humanistische Union, Netzwerk Recherche e.V. und Transparency International haben gemeinsam einen Gesetzentwurf vorgelegt. Vor kurzem hat auch die Bundesregierung eine Initiative

eingeleitet. Ihr Entwurf ist allerdings außerordentlich umstritten. Es sollen nämlich Informationen auch in Zukunft unter anderem dann verweigert werden, wenn „internationale Beziehungen und Verhandlungen, Angelegenheiten der Bundeswehr, Belange der inneren und äußeren Sicherheit, Kontroll- oder Aufsichtsaufgaben der Finanz-, Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden berührt“ sind. Außerdem sollen die Geheimdienste als Bundesbehörden gänzlich befreit werden von Auskunftspflichten.

Mit solchen Einschränkungen können vor allem Journalisten und Bürgerinitiativen nicht einverstanden sein. Ein „Informationsfreiheitsgesetz“ muss die Demokratie stärken.

Weitere Informationen unter www.pro-information.de

Info-Quellen

Netzwerk Recherche e. V.
Lobby für den investigativen Journalismus
www.netzwerkrecherche.de

Initiative Nachrichtenaufklärung
www.nachrichtenaufklaerung.de

Adolf Grimme Institut
www.grimme-institut.de

Insolvenzrecherche, Unternehmensprofile, Handelsregisterdaten
www.infobroker.de

Tolle Fotos und Reportagen
www.arbeiterfotografie.de

Gewerkschaftliche Informationen zur Betriebsarbeit und Medienpolitik
www.rundfunkfreiheit.de

Informationen zur Sozialpolitik
www.arbeitnehmerkammer.de

Die Verantwortung für externe Seiten liegt bei den Herausgebern dieser Seiten.

Schlechtes Image

Mehr Qualität in den Programmen privater Fernsehsender haben die Landesmedienanstalten verlangt. Die Sender sollten mehr Verantwortung übernehmen und sich selbst inhaltliche Qualitätsmaßstäbe setzen. „Tabubrüche zu Gunsten der Quote führen mittelfristig zu einem dauerhaften Ansehensverlust des privaten Rundfunks“, sagte der Vorsitzende Prof. Wolfgang Thaenert.

Das beste Image unter den deutschen Fernsehsendern haben der Straßburger Kulturkanal ARTE und das Erste Programm der ARD. Das ergab eine vom Meinungsforschungsinstitut Ge-wis durchgeführte Umfrage. ARTE und ARD erhielten die Noten 2,1 bzw. 2,2. Hoch in der Gunst der Zuschauer stehen die Dritten Fernsehprogramme. Das

ZDF belegte mit Note 2,6 allerdings nur den 6. Platz. Das Schlußlicht bildet die zum Gütersloher Mediengiganten Bertelsmann gehörende RTL-Senderfamilie. Deutschlands meist gesehener Fernsehkanal RTL landete mit der Note 3,6 auf dem drittletzten Platz. Die negativste Bewertung erhielten RTL 2 und SUPER RTL mit den Noten 4,0 und 4,4.

Das ZDF hat sich in einer verbindlichen Erklärung zum „Qualitätsfernsehen“ verpflichtet. In seinen Leitlinien bekennt sich der Sender zur Information als der stärksten Säule des Programms. Im Verbund mit den Sendern Arte und 3sat soll die Kulturberichterstattung ausgebaut werden. Bei der Unterhaltung setzt das ZDF verstärkt auf „Themenshows“.

Wie uns das Medienpalaver regiert

Sonntags abends wird uns im Fernsehen der ARD eine streitbare Demokratie vorgespielt. Mit einer „unschlagbaren journalistischen Unbedarftheit“ (Walter van Rossum) werden von Sabine Christiansen Forderungen der Chefetagen ans Volk durchgereicht. Während Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für neue Arbeitsplätze verlangt wird, fragt niemand, wo denn das Wachstum der vergangenen Jahrzehnte geblieben ist. Und die Tatsache, dass in den vergangenen zehn Jahren die Netto-Realeinkommen der abhängig Beschäftigten um mehr als 4 Prozent gesunken sind, bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum um 15 Prozent ist für Christiansen kein Thema.

„Jeder dieser Katastrophentalks ist komplett austauschbar“, schreibt van Rossum in seinem lesenswerten Buch „Meine Sonntage mit Sabine Christiansen“. Er hat sich „ein paar Monate lang mit wachsendem Grauen“ die Sendung angesehen, um heraus zu finden, „wie Öffentlichkeit in

der Mediengesellschaft wirklich funktioniert“. Dabei hat er festgestellt, dass die Talkrunde stets nach dem gleichen Muster abläuft: „Leitmotivisch geht es jeden Sonntag darum, Deutschland erst in Gefahr zu wiegen, um es anschließend zu retten“.

Bei „Christiansen“ diskutieren „voll versorgte, mit abstrusen Sondervergütungen und Subventionen gemästete Multimillionäre, Spitzenbeamte mit beträchtlichen Nebeneinkünften, die unaufhörlich und mit unerträglicher Dreistigkeit alles >vom Staat< verlangen“. Und: „Jeden Sonntag empören sich ausgebuffte Parteibonzen über Zustände, die sie meist seit Jahrzehnten selbst angerichtet haben“.

Der Christiansen-Talk ist allerdings nur ein trauriges Beispiel für etliche ähnliche in unserer medialen Spaßgesellschaft.

Walter van Rossum
Meine Sonntage mit Sabine Christiansen – Wie uns das Palaver regiert
 KiWi-Verlag, 185 Seiten, 8,90 €

* * * *

Buchtipps

Erich Schmidt-Eenboom
Geheimdienst – Politik und Medien
 Meinungsmache UNDERCOVER
 Homilius Verlag, 402 Seiten, 24,80 €

Wenn es um Verstrickungen deutscher Medien bzw. Journalisten mit östlichen Geheimdiensten wie MfS oder KGB geht, ist das öffentliche Interesse riesig. Auffälliger Weise berichten die Medien dagegen kaum, wenn Verbindungen von Journalisten zum Bundesnachrichtendienst aufgedeckt werden.

Erich Schmidt-Eenboom ist mit der Arbeit von Geheimdiensten vertraut. Bei seinen gründlichen Recherchen in den vergangenen Jahren ist er auf einige Hundert Dokumente gestoßen, die eine Verquickung von bundesdeutschen Nachrichtendiensten und Medien offenbaren. Dadurch war es ihm möglich, einige Fälle aufzudecken sowie Methoden, Zusammenhänge und Typologien nachrichtendienstlich-medialer Kooperation darzustellen. Damit hat der Autor ein spannendes Stück Zeitgeschichte geschrieben, das besonders angesichts möglicher „Großer Lauschangriffe“ zu Besorgnis Anlass geben sollte.

Kinotipp

Die fetten Jahre sind vorbei

Ein politischer Spielfilm von Hans Weingartner

Die Freunde Jan und Peter brechen nachts in Villen ein, nicht um zu klauen, sondern um das Mobiliar auf den Kopf zu stellen. Die Botschaften, die sie hinterlassen, lauten: „Die fetten Jahre sind vorbei“ oder „Sie haben zu viel Geld“ - unterzeichnet mit „Die Erziehungsberechtigten“.

Der junge Regisseur, Absolvent der Hochschule für Medien in Köln, sagt über die Motive zu seinem zweiten Spielfilm: „Die größte Ungerechtigkeit für mich heutzutage ist der riesige Unterschied zwischen arm und reich, zwischen der ersten und der dritten Welt. 90 Prozent der Menschen hungern und die übrigen 10 Prozent machen eine Abmagerungskur. Und dann kommen diese Idioten daher und erzählen uns jeden Tag von der Wiege bis zur Bahre: Dies ist das einzige System, das funktioniert. Permanenter Wettbewerb - ständige Konkurrenz. Aber tief drinnen wissen wir alle, dass etwas mit diesem System nicht stimmt“.

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35, Mail: franz.kersjes@koeln.de
 Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht. www.weltderarbeit.de
 Nachdruck erwünscht.
 Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.